

Ärzteblatt

Baden-Württemberg

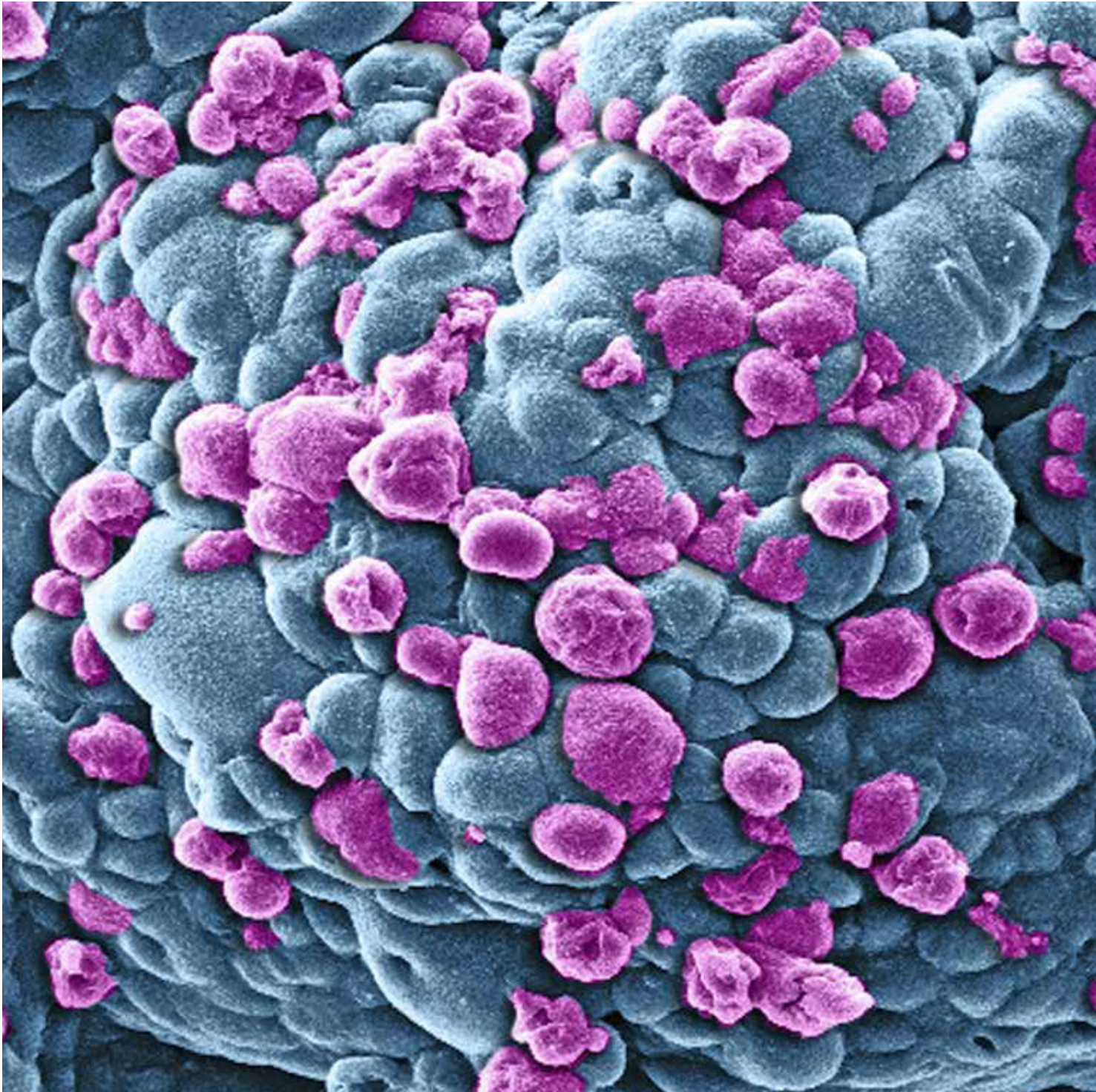


Amts- und Mitteilungsblatt der ärztlichen Körperschaften | ISSN 0720-3489 | E 1041 | 73. Jahrgang | Gentner Verlag

03 | 2018

Diese Abbildung gehörte 2014 zu den Siegern der Wellcome Image Awards.

Foto: Khuloud T. Al-Jamal & Izzat Suffian, © Wellcome Images



Am Ende gilt doch:

Es gibt keine unschädliche ionisierende Strahlung



Dr. Ulrich Clever



Dr. Norbert Fischer

Wer hätte gedacht, dass der Beschluss der Bundesregierung, die Meiler der Atomkraftwerke früher abzubauen als geplant, eines Tages auch die Ärzteschaft in Baden-Württemberg unmittelbar tangieren würde? Dass gar ein Beschluss unserer Vertreterversammlung den Unmut des hiesigen Umweltministeriums hervorrufen würde? Doch der Reihe nach.

Damals, „nach Fukushima“, dürften die meisten Deutschen mit der Entscheidung der Bundesregierung zum Abbau aller Atomkraftwerke im Lande (zu einem deutlich früheren Zeitpunkt als ursprünglich vorgesehen) einverstanden gewesen sein. Dass dabei viele Fragen unbeantwortet blieben, erschloss sich dem, der etwas mehr nachdachte: Mit Fragen rund um die endgültige Lagerung des Bauschutts und die Verantwortung dafür hatte man sich nämlich zunächst gar nicht beschäftigt.

So kam es, dass auch unsere Vertreterversammlung im Herbst 2016 zum medizinisch relevanten Teil der Lagerungsproblematik von radioaktivem Abfall diskutierte und eine EntschlieÙung fasste.

Beschlüsse unseres höchsten Kammerorgans werden übrigens deutlich mehr als in der Vergangenheit in Presse und öffentlicher Meinung wahrgenommen. Und auch die Politik kann sich den mit großer Mehrheit gefassten Entscheidungen der Landesärztekammer inzwischen kaum mehr entziehen.

Beim hiesigen Umweltministerium kam dabei jedoch keine Freude auf: Unser Beschluss war dem Ministerium und vor allem Minister Franz Untersteller selbst ein Dorn im Auge. Denn sowohl zur sogenannten Freimessung radioaktiv niedrig strahlenden Mülls aus den abzubauenen Atomkraftwerken im Ländle als auch zur Ablagerung auf Hausmüll-Deponien formulierten die Delegierten eine kritische Haltung. Zudem wurde unsere Resolution postwendend von Gegnern der Verteilung des Schutts auf Mülldeponien, wie es das Ministerium nun (nach Aufhebung eines bis dahin von ihm selbst gesetzten Moratoriums) plante, als Unterstützung für deren Protest genutzt.

Worum ging es den Ärztinnen und Ärzten der Vertreterversammlung? Dass der Abriss von Atomkraftwerken eine große Menge unterschiedlich stark radioaktiv strahlenden Schutt mit sich bringt, ist leicht nachvollziehbar. Der größte Teil hiervon ist allerdings kaum (bis gegebenenfalls auch gar nicht) radioaktiv belastet. Die gleichmäßige Verteilung auf konkret genannte Hausmülldeponien entlässt das Material aber aus der sogenannten „atomrechtlichen Aufsicht“ – selbst wenn bis zu einer Grenze von 10 Mikrosievert eine Reststrahlung besteht.

Unter dem Gedanken der fehlenden unteren Grenze für eine Niedrigstrahlung, die für Mensch und Tier etwa unbedenklich sei, kritisierte die Vertreterversammlung die Methodik der „Freimessung“ und forderte den Verbleib der Müllmengen auf den sowieso weiter zu verwaltenden Arealen der alten Atommeiler.

Es ging den Delegierten unserer Vertreterversammlung nicht etwa um die wissenschaftliche Frage (wie das Ministerium leider bis heute vermutet), ob es sich um eine kleine („vernachlässigbare“) Strahlungsmenge handelt oder nicht. Sondern es wurde nicht akzeptiert, dass die sogenannte Minimierungsdosis von 10 Mikrosievert (wie von deren Befürwortern

beschrieben) „im Rauschen der allgemeinen und ubiquitären Strahlenbelastung aller Menschen“ untergeht, sie addiert sich nämlich zur sowieso schon bestehenden „Grundstrahlung“.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten wir Anfang Februar 2018 ein Symposium zu gesundheitlichen Risiken gering radioaktiver Strahlenbelastung beim Rückbau von Atomkraftwerken und in Folge medizinischer Anwendungen. Der Teilnehmerkreis war nicht nur hochkarätig, sondern man war sich auch unwidersprochen einig: vom Vertreter des Ministeriums über die Antragsteller der EntschlieÙung bis zum Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission wurden die gleichen Zahlen und Verhältnisse zwischen natürlicher und artifizierter Strahlung vorgetragen.

So klein die Strahlenbelastung auch sein mag: bei der gleichmäßigen Verteilung von Schutt aus dem Abbau von Atommeilern auf lokalen Deponien (und der „Entlassung“ des Materials aus der sogenannten Atomaufsicht) wird es zu einer Erhöhung von Strahlung gegenüber dem natürlichen „Grundrauschen“ kommen.

Die Ärzteschaft weiß, dass es keine unschädliche ionisierende Strahlung gibt. Daher sollte nach unserer Überzeugung das baden-württembergische Umweltministerium das Moratorium noch einmal aufgreifen und nach anderen Wegen zum Umgang mit dem Atomkraftwerk-Schutt suchen, um den größtmöglichen Schutz der Bevölkerung nachhaltig sicherzustellen. Die Landesärztekammer Baden-Württemberg sieht sich auch künftig in der Pflicht und Verantwortung, dies einzufordern.

Dr. Ulrich Clever
Präsident der Landesärztekammer
Baden-Württemberg

Dr. Norbert Fischer
Vorsitzender des Ausschusses
„Prävention und Umwelt“
der Landesärztekammer
Baden-Württemberg



EntschlieÙung
„Keine Freigabe
radioaktiven Restmülls aus
Kernkraftwerken im Land
Baden-Württemberg“
zum Nachlesen

Präsidenten-Hotline

Wo drückt Sie der Schuh und wie kann sich die Ärztekammer noch mehr für Sie stark machen? Haben Sie Anregungen, Ideen oder vielleicht auch Kritik? – Die „Telefonsprechstunde“ von Kammerpräsident Dr. Ulrich Clever ermöglicht den Mitgliedern die direkte Kontaktaufnahme. Am **20. März 2018** wird der Präsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg wieder von **17.00 bis 19.00 Uhr** direkt an der **Präsidenten-Hotline (07 11) 7 69 89-4 23** erreichbar sein. Rufen Sie an!

Foto: Photos.com (Jupiterimages)